

Ein nützlicher Blick auf die preußisch-amerikanischen Beziehungen

Das Buch *Preußen und die USA 1850-1867* von Enno Eimers ist umfangreich und akademisch-gründlich. Es basiert auf den Akten des Preußischen Geheimen Staatsarchivs, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Aktenbeständen der National Archives in Washington für den Zeitraum 1850-1867. Das Buch ist also keine „leichte Lektüre“, aber es enthält eine solche Vielzahl von geschichtlichen „Goldnuggets“ über das preußisch/deutsch-amerikanische Verhältnis, daß man sich gerne auf den Marsch durch die 700 Seiten macht.

Das Wissen um das deutsch-amerikanische Verhältnis in der Zeit vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Ersten Weltkrieg ist auch bei ansonsten historisch Versierten äußerst dünn. Wer weiß schon, daß Friedrich der Große 1785 einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten abschloß, nachdem Preußen bereits 1780, also während des Unabhängigkeitskrieges, der Liga der bewaffneten Neutralität beigetreten war, die sich gegen Großbritannien richtete? Daß

Neidhardt Gneisenau als junger Offizier eine militärische Abhandlung über den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg schrieb? Daß Alexander von Humboldt 1804 Gast des amerikanischen Präsidenten Thomas Jefferson war, woraus sich eine lebenslange enge Beziehung zu den USA entwickelte? Daß einer der bedeutendsten Präsidenten des 19. Jahrhunderts, John Quincy Adams, 1797-1801 US-Gesandter in Berlin war? Daß Friedrich List amerikanischer Staatsbürger war und acht Jahre in den USA lebte, wo er die Abhandlung *Grundriß der amerikanischen politischen Ökonomie* schrieb? Daß während des 19. Jahrhunderts viele führende amerikanische Persönlichkeiten in Deutschland, insbesondere in Göttingen, studierten?

Deshalb ist Enno Eimers' Buch wichtig, denn es leuchtet aus, wie eng das preußisch/deutsch-amerikanische Verhältnis – politisch und wirtschaftlich – zwischen 1850 und 1867 war. Preußen und die anderen deutschen Staaten waren keineswegs so auf das „Konzert“ der europäischen Mächte fixiert, daß die

Beziehungen zu den USA nur eine marginale Rolle gespielt hätten. In der preußischen Außenpolitik waren die Vereinigten Staaten sehr wohl präsent, denn das Gewicht der Vereinigten Staaten – vor allem deren konfliktreiche Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich – verschafften Preußen den außenpolitischen Spielraum, um im europäischen Mächtespiel mithalten zu können. Bismarcks Politik der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung wäre ohne den außenpolitischen „Flankenschutz“ der USA nicht möglich gewesen.

ALEXANDER VON HUMBOLDT

Zwischen 1850 und 1867 spielten im preußisch/deutsch-amerikanischen Verhältnis auf deutscher Seite zwei Persönlichkeiten eine überragende Rolle: Alexander von Humboldt und Friedrich von Gerolt, der preußische Gesandte in Washington und Protégé Humboldts. Am preußischen Hof und in der preußischen Regierung war Alexander von Humboldt so etwas wie der „Cheffobbyist“ der Vereinigten Staaten, deren Verfassungs- und Staatssystem er als beispielhaft betrachtete.

Humboldt hatte ein enges Vertrauensverhältnis zum preußischen König Friedrich Wilhelm IV. und danach, bis zu seinem Tod 1859, zu König Wilhelm I., dem späteren deutschen Kaiser Wilhelm I. Beide Monarchen hatten eine positive Grundeinstellung zu den Vereinigten Staaten, sehr zum Unmut der reaktionären Kreise am preußischen Hof und in der Regierung. Diese proamerikanische Haltung sollte sich insbesondere während des Krimkrieges, des amerikanischen Bürgerkrieges und der Auseinandersetzungen in Mexiko – Stichwort Kaiser Maximilian – zeigen.

Humboldt war auch regelmäßiger Gast der amerikanischen Gesandtschaft in Berlin, und durchreisende Amerikaner waren oft Gast bei Humboldt. In bezug auf die Sklavenfrage mischte sich Humboldt vernehmlich in die amerikanische Innenpolitik ein und unterstützte Politiker, die gegen die Sklaverei Stellung bezogen. Dies gilt insbesondere für den Entdeckungsreisenden und scharfen Gegner der Sklaverei, John Charles Fremont, dem 1861 vom preußischen König der Orden *Pour le Merit* (Friedensklasse) verliehen wurde.

Als Humboldt am 6. Mai 1859 starb, schrieb der amerikanische Gesandte in Berlin, Joseph Wright, an US-Außenminister Lewis Cass: „Die Güte des Baron von Humboldt gegenüber den unzähligen amerikanischen Bürgern, die sich an ihn wandten, war unbegrenzt; ich habe das stets als seine Anerkennung für unser Land angesehen.“ Auch hatte Humboldt Briefkontakt mit einer Vielzahl amerikanischer Freunde. Darüber hinaus bestand ein regelmäßiger Briefverkehr zwischen Humboldt und seinem Freund und Protégé von Gerolt, der von 1844-48 und 1849-1871 preußischer Gesandter in Washington war.

Der aus der Nähe von Bonn stammende Friedrich von Gerolt hatte als Siebzehnjähriger an den Befreiungskriegen teilgenommen und dann die Verwaltungslaufbahn in der preußischen Bergbauverwaltung eingeschlagen. Daß Gerolt, der zuvor Konsularbeamter in Mexiko war, den Gesandtschaftsposten in den USA bekam, geht auf die Fürsprache Humboldts und daraus

folgend das Wohlwollen des Königs zurück. Gerolt wurde eine diplomatische „Institution“ in Washington und verfügte über enge, persönliche Beziehungen zu einer Vielzahl von Persönlichkeiten der amerikanischen Politik, darunter Präsidenten und Außenminister. Gerolts 24jährige Gesandtschaftszeit umfaßte die Präsidentschaften Polk, Taylor, Fillmore (der nach dem Ausscheiden aus dem Amt 1855 als einziger US-Präsident im 19. Jahrhundert Deutschland besuchte und in Berlin mit Alexander von Humboldt und König Friedrich Wilhelm IV. zusammentraf), Pierce, Buchanan, Lincoln, Johnson und Grant.

Während Gerolts Dienstzeit in Washington wuchs die Zahl der preußischen Konsulate in den USA auf 14: New York, wo der Sohn des preußischen Handelsministers von der Heydt Konsul war, Philadelphia, Baltimore, Charleston, New Orleans, St. Louis, Galverston, Savannah, Cincinnati, San Francisco, Louisville (Kentucky), Milwaukee, Chicago, Boston und New Bedford. Nur Großbritannien verfügte über mehr Konsulate in den USA. Diese breite konsularische Präsenz spiegelte zwei zentrale Faktoren der preußisch/deutsch-amerikanischen Beziehungen wider: 1. die große deutsche Auswanderung in die USA und 2. den umfangreichen Handel.

Während Gerolts Dienstzeit in Washington wanderten mehr als 1,5 Millionen Deutsche in die USA aus; in der Zeitspanne zwischen der Staatsgründung und dem Ersten Weltkrieg waren es mehr als vier Millionen. In den Jahren nach der gescheiterten 48er „Revolution“ waren viele deutsche Auswanderer radikal anti-monarchistisch eingestellt. Sie gewannen unter den Deutsch-Amerikanern nicht unbeträchtlichen politischen Einfluß, der auch in den Kongreß und die amerikanische Regierung hineinwirkte. Dennoch wurden die preußisch-amerikanischen Beziehungen dadurch nie nennenswert belastet. Die vielen Deutschstämmigen in den USA bedeuteten eine große Beanspruchung konsularischer Dienste: Reise- und Postverkehr, Rechts- und Handelsfragen.

Der Warenaustausch zwischen den USA und dem deutschen Zollverein war bereits in den 50er und 60er Jahren beträchtlich und wuchs rasant. Die USA exportierten fast ausschließlich Landwirtschaftsgüter: Baumwolle, Tabak, Reis und Getreide, in den 60er Jahren kamen zunehmend Landmaschinen und Holzverarbeitungsmaschinen hinzu. Aus dem Zollverein wurden hauptsächlich Metall- und Textilwaren importiert. Während Gerolts Dienstzeit in Washington wurde der Zollverein zum zweitgrößten Handelspartner der USA nach Großbritannien.

Bereits 1846 war von den Vereinigten Staaten, Preußen und Bremen, dem wichtigsten deutschen Hafen für den Handel der USA, die Ocean Steam Navigation Company (OSNC) gegen die Vorherrschaft britischer Reeder im Nordatlantikverkehr gegründet worden. Auch in Hinblick auf den wachsenden Handelsverkehr sprach Alexander von Humboldt vom „immer enger werdenden atlantischen Meeresbecken“. Gerolt betonte immer wieder, man dürfe in Preußen nie vergessen, daß sich bezüglich der USA „eine in der Weltgeschichte beispiellose Entwicklung von Macht, Bevölkerung und materieller Wohlfahrt“ vollziehe.

Der preußische Handelsminister von der Heydt schrieb 1855:

„Die Wichtigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika für den Ansatz diesseitiger Erzeugnisse hat bekanntlich von Jahr zu Jahr und in einem Maße zugenommen, daß der [Zoll-]Tarif dieses Landes für die Interessen unserer Industrie gegenwärtig von größerer Bedeutung ist als die Tarife der meisten anderen Staaten.“

Außenpolitisch wurden die preußisch-amerikanischen Beziehungen wesentlich dadurch bestimmt, daß Preußen – anders als Großbritannien, Frankreich oder Spanien – keine territorialen Ambitionen in Nord- oder Südamerika hatte und die Monroe-Doktrin faktisch akzeptierte. Bismarck sagte 1871: „Wir erkennen in betreff des ganzen Kontinentes den vorwiegenden Einfluß der Vereinigten Staaten als in der Natur der Dinge begründet und unseren Interessen am meisten zusagend an.“

Alexander von Humboldt sah die Monroe-Doktrin als gerechtfertigt an und begrüßte ausdrücklich die Annexion der nördlichen Territorien Mexikos durch die USA, denn diese dünnbesiedelten und wirtschaftlich rückständigen Gebiete seien „in kurzer Zeit der Zivilisation, dem Landbau und dem Verkehr zugänglich gemacht worden“.

Die amerikanisch-russischen Beziehungen waren seit der Unabhängigkeit der USA stets ausgezeichnet. Die guten Beziehungen der USA zu Rußland und Preußen sollten sich während des Krimkrieges (1854-56) erweisen, den Großbritannien und Frankreich gegen Rußland führten. Preußen und die USA blieben im Krimkrieg neutral, aber ihre Sympathien für Rußland waren unverkennbar.

Insbesondere zwischen Großbritannien einerseits und den USA und Preußen andererseits verschärften sich die Spannungen während des Krimkrieges bis zur Kriegsdrohung. In der Karibik kam es zu demonstrativen Aufmärschen britischer und französischer bzw. amerikanischer Kriegsschiffe. Preußen und die USA unterbanden konsequent die Söldnerwerbung der Briten auf ihrem Territorium. Der britische Konsul in Köln wurde sogar wegen Söldnerwerbung verhaftet, und aus gleichem Grund verwiesen die USA drei britische Konsuln des Landes.

Am 26. Mai 1856 schrieb Gerolt an den preußischen Außenminister v. Manteuffel von den Vereinigten Staaten „als der einzigen Macht, welche England zu fürchten hat“, weil sie imstande sei, „den Übergriffen und Anmaßungen Großbritanniens die Spitze zu bieten“. Nach Ende des Krimkrieges, am 4. September 1856, schrieb Gerolt: „Die Vereinigten Staaten [werden], bei der Stellung, welche dieselben England gegenüber mit solchem Erfolg behauptet haben, der Alleinherrschaft dieser Macht zur See sowie etwaigen Übergriffen und Zumutungen derselben gegen schwächere Seemächte bei Kriegen, worin England verwickelt ist, hinführo eine nützliche Schranke setzen.“

Am 19. September 1854 hatte der preußische Handelsminister von der Heydt seinem Ministerkollegen von Manteuffel geschrieben: „Endlich kann ich auch nicht unterlassen, auf die politische Stellung Preußens hinzudeuten, welche dasselbe in nicht zu ferner Zukunft bestimmen dürfte, mit den Vereinigten Staaten von Nord Amerika in nähere Verbindung zu treten, und in einer solchen würde der Weg durch blöde Zurückhaltung, aus Besorgnis bei England anzustoßen, in einer Frage, wo nur das

[eigene preußische] Interesse bestimmen muß, mit Nordamerika zu gehen, eben nicht gebahnt werden.“

Eng arbeitete Preußen mit den USA in bezug auf Japan und China zusammen. Als 1860 erstmals eine japanische Regierungsdelegation Washington besuchte, nahm Gerolt mit ihr Verbindung auf. Als im selben Jahr erstmals preußische Schiffe nach Japan fuhren, benutzten sie von der US-Regierung zur Verfügung gestellte Seekarten. Der preußische Delegationsleiter bei diesem Japanbesuch, von Eulenburg, der 1860 den ersten preußisch-japanischen Handelsvertrag abschloß, wurde von der dortigen US-Botschaft tatkräftig unterstützt. Dafür erhielt der US-Generalkonsul in Japan, Townsend Harris, einen hohen preußischen Orden.

Wilhelm I., der 1858 die Regentschaft in Preußen antrat und 1861 König wurde, hatte eine ähnlich positive Haltung gegenüber den USA wie sein Vorgänger Friedrich Wilhelm IV. 1871 agierte er sogar als Schiedsrichter zwischen den USA und Großbritannien in deren Streit über den Verlauf der kanadisch-amerikanischen Grenze in Oregon; Kaiser Wilhelm I. entschied zugunsten der USA. Die preußisch-amerikanischen Beziehungen waren so gefestigt, daß sie durch den Tod Alexander von Humboldts am 6. Mai 1859 keinen Schaden nahmen.

Nach der schweren Wirtschaftskrise von 1857 wuchs in den USA massiv der Druck für Schutzzölle. Politisch wurde die Schutzzollpolitik durch die Republikanische Partei vertreten, die mit Abraham Lincoln 1860 die Präsidentschaftswahlen gewann.

1858 veröffentlichte Henry C. Carey, der bedeutendste amerikanische Wirtschaftswissenschaftler des „American System of Political Economy“ im 19. Jh., sein dreibändiges Werk *Die Grundlagen der Sozialwissenschaft*, das konsequent die Schutzzollposition vertrat. Careys Buch erschien bereits 1863 in Deutschland. Die Schutzzoll-Bewegung in den USA und Careys Schriften strahlten nach Preußen und Deutschland aus und verstärkten dort das Gewicht der wirtschaftspolitischen Tradition Friedrich Lists. In der wirtschaftspolitischen Debatte Deutschlands gewann geregelter Handel zugunsten der inneren wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend an Boden.

Hinzu kommt, daß Bismarck die Kriegswirtschaft und -finanzierung im amerikanischen Bürgerkrieg genau studierte. Es ist hier festzuhalten – und das ist ein ganz wichtiger Punkt –, daß das Volumen des deutsch-amerikanischen Handels von den amerikanischen Schutzzöllen nicht negativ betroffen wurde, vielmehr stetig weiter anstieg. Mehr noch als während des Krimkrieges zeigte sich das enge Verhältnis Preußens zu den USA während des amerikanischen Bürgerkrieges. Der US-Gesandte in Berlin, Joseph Wright, schrieb 1861 an Lincolns Außenminister William H. Seward: „Die Regierung und das Volk [Preußens] sind in Geist und Fühlen für uns.“

Preußen stellte sich bei der Sezession sofort und eindeutig auf die Seite der Union. Der Bürgerkrieg wurde seitens der preußischen Regierung als „innere Angelegenheit“ der Union behandelt. Die Südstaaten wurden nicht als Völkerrechtssubjekte anerkannt, und Preußen setzte zu keinem Zeitpunkt auf einen „Verhandlungsfrieden“ zwischen Nord- und Südstaaten, wie er von Großbritannien und Frankreich angestrebt wurde. *M. Liebig*